

34 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 16. 12. 1994

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Georgien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Republik Österreich und die Republik Georgien gewähren einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Land-, Forst- und Almwirtschaft,
- Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie, Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,

- Leichtindustrie, einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren,
- Energiewesen, einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- Heil- und Mineralwässer,
- chemische und petrochemische Industrie,
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- Metallurgie, einschließlich Buntmetallurgie und metallbearbeitende Industrie,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien, Rüstungskonversion,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz, einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten,
- Ausbau und Revitalisierung der Kraftwerke, insbesondere im Bereich Hydroenergetik, sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl,
- Ölfeldtechnik,
- Bauwesen, Herstellung von Baumaterialien und Ausrüstungen,
- Planung, Errichtung und Betrieb von Tourismus- und Freizeiteinrichtungen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen,
- Errichtung von Firmenvertretungen und Niederlassungen,
- Investitionen und Unternehmensbeteiligungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung,
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten,
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften,
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen,
- finanzielle, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Erstellung von Feasibilitystudien,
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie; Hydroenergetik,
- Eisenbahnnetze,
- Schifffahrt,
- Luftfahrt,
- Straßennetze,
- Telekommunikation,
- Transportwesen,
- Recycling und Abfallwirtschaft,
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen

34 der Beilagen

3

Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Counter- und Bartertrading, treiben.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder zu solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

2

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichtes eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich oder Georgien zusammentreten wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

Artikel 14

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der im Artikel 13 genannten Kommission beigelegt werden.

Artikel 15

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

Geschehen zu Wien, am 24. Mai 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und georgischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Georgien:

Alexander Tschikvaidse

შ ე თ ა ნ ხ მ ე ბ ა

ავსტრიის რესპუბლიკისა და საქართველოს რესპუბლიკას შორის
ორმხრივი საგარეო ეკონომიკური კავშირების შესახებ

ავსტრიის რესპუბლიკა და საქართველოს რესპუბლიკა, შეიძღვომნენ
მხარეებიდან" წოდებულნი,

- ხელმძღვანელობენ რა ორმხრივი საგარეო - ეკონომიკური კავშირების განმტკიცების სურვილით,

- ისწრაფვიან რა საქონელბრუნვისა და ეკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომლობის განვითარებისაკენ თანასწორობისა და ურთიერთსარგებლოების საფუძველზე,

- დარწმუნებულნი არიან რა, რომ აღნიშნული შეთანხმება ხელშეწყობს წინაპირობებსა და მგვიცე საფუძველს შექმნის ორმხრივი საგარეო-ეკონომიკური კავშირების შემდგომი განვითარებისათვის,

- საბაზრო ეკონომიკის პრინციპებიდან გამომდინარე,

- ორივე ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლებში,

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

მ უ ხ ლ ი 1

1. ავსტრიის რესპუბლიკა და საქართველოს რესპუბლიკა ერთმანეთს მიანიჭებენ უპირატესი ხელშეწყობის რეჟიმს საბაზო გადასახადებთან და სხვა ანაკრებებთან, ავრთვე საქონლის გატანა-შემოტანისას საბაზო გადასახადებისა და სხვა ანაკრებების მოკრების წესთან მიმართებაში.

2. მხარეები შეთანხმდნენ, რომ უპირატესი ხელშეწყობის რეჟიმი არ ვრცელდება, კერძოდ იმ შეღავათებსა და უპირატესობებზე, რომლებსაც ერთ-ერთი მხარე ანიჭებს ან მიანიჭებს მობავალში:

ა) მუშაობელ ქვეყნებს სასაზღვრო ვაჭრობის გააღვივების მიზნით;

ბ) ქვეყნებს, რომლებიც მასთან ერთად შედიან საბაჟო კავშირში, თავისუფალი ან პრელერენციული ვაჭრობის ზონაში, რომლებიც ქვეყნებს აწვდის ან შეიქმნებიან მომავალში;

გ) მესამე ქვეყნებს დიდებული მრავალმხრივი ხელშეკრულებების დარღვევაში, რომლებშიც მეორე მხარე არ მონაწილეობს.

მ უ ხ ლ ი 2

მხარეები ორივე ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის დარღვევაში ხელს შეუწყობენ ორივე ქვეყნის საწარმოებს, ორგანიზაციებს, საწარმოებებსა და დაწესებულებებს (შემდგომში "საწარმოებად" მოიხსენიება) შორის ორმხრივი საგარეო-ეკონომიკური ურთიერთობების განვითარებას.

მ უ ხ ლ ი 3

1. მხარეები, თავიანთი შესაძლებლობებისა და თითოეულ ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის დარღვევაში, ხელს შეუწყობენ ეკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომლობის განვითარებას.

2. მხარეები შეთანხმდნენ, რომ არსებობს შემდეგ სფეროებში თანამშრომლობის შესაძლებლობა:

- სასოფლო და საცხოველ მეურნეობა, მადამთიანი მეცხოველეობა;
- სასოფლო-სამეურნეო და საცხოველ ტექნიკა;
- კვების მრეწველობა, სასოფლო სამეურნეო პრდუქციის გადამამუშავების, შენახვის, შეფუთვის და ტრანსპორტირების გაუმჯობესება;
- მსუბუქი მრეწველობა, მადამთიანობის კონკრეტული კონკრეტული ტექსტილის, საქსოვი, ფეხსაცმლის, და ცეცხლის საქონლის წარმოების ჩათვლით;

34 der Beilagen

7

- 3 -

- ენერგეტიკა, მესამე ქვეყნების ბაზრებზე თანამშრომლობის ჩათვლით;

- ჯანდაცვა, სამედიცინო და ღონისძიებული წარმოება;
- სამკურნალო და მინერალური წყლები;
- ქიმიური და ნავთობ-ქიმიური მრეწველობა;
- სის ჯანდაცვითი, საქალაქო და ეკოლოგიის წარმოება;
- ელექტროსიგნალები და ტექნიკა;
- ელექტრონული და ელექტროტექნიკური მრეწველობა;
- მეტალურგია, ფერადი მეტალურგიის ჩათვლით და ლითონგადამამუშავებელი წარმოება;

- არსებული წარმოებების რეკონსტრუქცია, მოდერნიზაცია, გაფართოება და ავტომატიზაცია, თავდაცვის მრეწველობის საწარმოო კონვერსიის ჩათვლით;

- გარემოს, ბუნების, ღირებულების და ნიადაგის დაცვა, მცენარეთა დაცვისათვის ბიოლოგიური საშუალებების წარმოებისა და გამყვანების ჩათვლით;

- მინერალური ნედლეულის მოძიება, რეწვა, გამდიდრება და შემდგომი გადამამუშავება, აგრეთვე მინერალური ნედლეულისა და სამთო მრეწველობის პროდუქციის მარკეტინგი;

- ელექტროსადგურების გაფართოება და რეკონსტრუქცია, კერძოდ პირენეზურგეტიკის სფეროში, ელექტროგადამცემების მაღალი ვოლტის ბაზების, აგრეთვე ბუნებრივი გაზისა და ნავთობის ტრანსპორტირებისათვის საჭირო მილსადენების ქსელის გადართობა და რეკონსტრუქცია;

- ნავთობმისამოვებელი ტექნიკა;
- მშენებლობა, სამშენებლო მასალების და ტექნიკის წარმოება;
- ტურისტული კომპლექსების და დასასვენებელი ცენტრების პროექტირება, მშენებლობა და ექსპლუატაცია;

ასეთი თანამშრომლობა შესაძლებელია განხორციელდეს შემდეგ ფორმებში:

- ერთობლივი საწარმოების შექმნა;

- ღირსათა წინამძღვრობებისა და ფილიალების შექმნა;
- ინვესტირება და საწარმოო კაპიტალში მონაწილეობა;
- "ნოუ-ჰაუს" ტექნოლოგიის გადმოცემა, სხვა გამომკვლევები;
- პატენტებისა და ლიცენზიების გაყვლა აგრეთვე გაყვლა სხვა უფლებებისა საწარმოო საკუთრების დაცვაზე;
- სტანდარტებისა და ნორმების პრმოინაჰცია;
- სერტიფიკაცია;
- ღრინაური, საბანკო, სადაზღვეო, სამარკეტინგო, საკონ-სალტინგო და სხვა მომსახურების გაწევა;
- ტექნიკო-ეკონომიკური საღუძღვროების შექმნა;
- ერობდოვი სემინარების, სიმპოზიუმების და კონფერენციების ორგანიზაცია და ჩატარება, ეკონომიკურ საკითხებში დოღეგაციებისა და ექსპერტების გაცვლა;

- იურიდიული, ეკონომიკური, სტატისტიკური, ტექნიკური დოკუმენტიაციის, ინფორმაციისა და პუბლიკაციების გაცვლა;

3. თანამშრომლობის ყველა სფეროში პროექტები განხორციელდება მაღალი ეკოლოგიური სტანდარტების შესაბამისი მოწინავე ტექნოლოგიების საღუძღვროზე.

მ უ ხ ლ ი 4

მხარეები, ეკონომიკურად მომგებიანი და ეკოლოგიურად უსაფრთხო ინფრასტრუქტურის შექმნის აუცილებლობიდან გამომდინარე, შეთანხმდნენ ძირითადი ყურადღება მიაქციონ თანამშრომლობას შემდეგ სფეროებში:

- ენერგეტიკა, პიროვნერგეტიკა;
- სარკინიგზო ქსელები;
- ნაოსნობა;
- საპაერო მიმოსვლა;
- საგზაო ქსელები;
- ტელეკომუნიკაციები;

34 der Beilagen

9

- 5 -

- სატრანსპორტო საქმე;
- ნარჩენების მუდრადი გადამუშავება და უტილიზაცია;
- ნიადაგის გაუმჯობესება და საფეოლოსნო მუქრნეობა.

მ უ ხ ლ ი 5

მზარეები შეთანხმდნენ, რომ ტურიზმის დიდი წვლილის შეტანა შეუძლია საგარეო-ეკონომიკური ურთიერობების გადრმავების საქმე-ში.

1. მზარეები ხელს შეუწყობენ ტურიზმის განვითარების მოქმედი კანონმდებლობის ჟარგლებში და გაეროიანებული ერების ორგანიზაციის საერთაშორისო ტურიზმისა და მოჯაურობის კონფერენციის რეკომენდაციებისა(რომი, 1963წ.) და "ტურიზმის ქარტიისა და ტურისტის კოდექსის"(სოფია, 1985წ.) საფუძველზე.

2. ტურიზმის სფეროში პროექტების განხორციელებიად, აგრეთვე შესაბამისი ინფრასტრუქტურის განვითარებისათვის ეკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომლობა განხორციელება გარემოს დაცვის პრინციპების დაცვითა და ტურიზმის მაღალ დონეზე ორგანიზებით.

მ უ ხ ლ ი 6

მზარეები ხელს შეუწყობენ სამრეწველო საკუთრების დაცვის და უზრუნველყოფენ მას საკუთარი შესაძლებლობების ჟარგლებში, სიხე-დმწიფოების კანონმდებობებით, კერძოდ სამრეწველო საკუთრების დაცვის პარიზის კონვენციის საფუძველზე, აგრეთვე შეთანხმონ დონისძიებები ამ სფეროში თანამშრომლობის განვითარებისა და გაფართოებაში.

მ უ ხ ლ ი 7

ანგარიშსწორება და გადასახადები ავსტრიის რესპუბლიკისა და საქართველოს რესპუბლიკას შორის განხორციელება თავისუფლად კონვერტირებად ვალუტაში თითოეულ ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლო-

ბის ფარგლებში.

მ უ ხ ლ ი ბ

1. აღნიშნული შეთანხმებით გათვალისწინებული საქონლდრეწვა, ავრეოლე ეკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თინამშრომლობა ბორციელებსა კონკრეტულ საფუძველზე.

2. თითოეულ ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლებში, მხარეების საწარმოებს, ვაჭრობის მოცულობის გაზრდისა და ურთიერთ-მიწოდებადი საქონლის ნომენკლატურის გაზრდის მიზნით, შეუძლიათ ვაჭრობა აწარმოონ მსოფლიო პრაქტიკაში მიღებული ნებისმიერი ფორმით, მათ შორის ბარტერული და შემსავალი ვარიანტით.

3. ორივე ქვეყნის საწარმოთა შორის ვაჭრობა ბორციელებსა მსოფლიო ბაზრის მიმდინარე ფასების საფუძველზე.

მ უ ხ ლ ი გ

1. მხარეები მიმართავენ კონსულტაციებს იმ შემთხვევაში, როდესაც ურთიერთვაჭრობაში აღვილი ექნება რაიმე საქონლის შემოგონას ისეთ რაოდენობებში, ან ისეთ ფასებში ან ისეთ პირობებში, რომლებსაც მოაქვთ ან შეუძლიათ მოუგონონ საგრძნობი ზარალი ანალოგიური ან კონკურენტული საქონლის აღვილობრივ მწარმოებლებს.

ამ შემთხვევაში მხარე, რომელიც ახივნით მიმართავს კონსულტაციის ჩაგარების შესახებ, მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლებში გადასცემს მეორე მხარეს სიტუაციის დაწვრილებით შესწავლისათვის აუცილებელ ინფორმაციას, რაც აუცილებელის სიტუაციის დაწვრილებით შესწავლისათვის.

2. თუ კონსულტაციების დროს მხარეები დაადგენენ, რომ აღვილი აქვს I პუნქტში აღნიშნულ სიტუაციის, მაშინ უნდა მოხდეს ექსპორტის შეზღუდვა, ან უნდა განხორციელდეს სხვა ზომები ამ ზარალის აღსაკვეთად ან თავიდან ასაცილებლად.

3. იმ შემთხვევაში, თუ მხარეები ვერ მიაღწევენ შეთანხმ-

ებას, იმ მხარეს, რომელსაც შეტანილი იქვს განცხადება კონსულტაციების ჩატარების თაობაზე, უფლება აქვს შეზღუდოს შესაბამისი საქონლის შემოტანა იმ ღონემღვ და იმ ვადით, რომელიც აუცილებელია იმ ზარალის აღსაკვეთად ან თავიდან ასაცილებლად, ასეთ შემთხვევაში მეორე მხარეს უფლება ეძლევა ან შეასრულოს ბირჟული მართის წინაშე აღებული ვალდებულებები ვაჭრობის მოცულობის დაახლოებით ექვივალენტური რაოდენობით.

4. იმ შემთხვევაში, თუ გადავადებას შეუძლია სავაჭრობი ზარალის მიყენება, დროებითი ზომების მიღება შეიძლება წინასწარი ზომების გარეშე. ასეთ შემთხვევაში მხარე, რომელიც მიმართავს აღნიშნულ ზომებს, დაუყოვნებლივ და წერილობითი ფორმით აცნობებს მეორე მხარეს ამის შესახებ, რის შემდეგაც დაუყოვნებლივ უნდა დაიწყოს კონსულტაციები.

5. მხარეების მიერ აღნიშნულ მუხლში გათვალისწინებული ზომების შერჩევისას უპირატესობა უნდა მიეცეს იმ ღონისძიებებს, რომლებიც წინამდებარე შეთანხმების შემდგომ ფუნქციონირებაზე მინიმალურ ნეგატიურ გავლენას მოახდენენ.

მ უ ხ ლ ი 10

მხარეები ცნობენ მცირე და საშუალო საწარმოების ორმხრივ საგარეო ურთიერთობებში უფრო აქტიური მონაწილეობის სარგებლობასა და აუცილებლობას.

მ უ ხ ლ ი 11

1. მხარეები რეკომენდაციას აძლევენ საწარმოებს, წარმოქმნილი დავები მოაგვარონ პირველ რიგში მეგობრული გზით, ორმხრივი თანხმობის საფუძველზე.

2. თითოეულ სახელმწიფოში მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლებში, მხარეები წაახადისებენ საარბიტრაჟო რეგლამენტის გამოყენებას, რომელიც შემუშავებულია საერთაშორისო ვაჭრობის სიმართლის

შესახებ გაეროს კომისიის მიერ (UNCITRAL), და იმ კონვენციის ერთ-ერთი მონაწილე სახელმწიფოს საარბიტრაჟო ორგანიზაციისადმი მიმართვის უცხოეთის საარბიტრაჟო გადაწყვეტილებების აღიარებისა და სისრულეში მოყვანის შესახებ, რომელიც დადებულია 1958 წლის 10 ივნისს ნიუ-იორკში.

მ უ ხ ლ ი 12

ამ შეთანხმების შეცვლის ან მისი მოქმედების შეწყვეტის შემთხვევაში მისი დებულებები ძალაში რჩება ორივე ქვეყნის საწარმოო შორის ამ შეთანხმების მოქმედების დროს დადებული კონტრაქტებისათვის, რომლებიც ნაწილობრივ ან მთლიანად არ შესრულდა ამ შეთანხმების შეცვლის ან მისი მოქმედების შეწყვეტის მომენტისათვის.

მ უ ხ ლ ი 13

1. აღნიშნული შეთანხმებით იქმნება შერეული კომისია, რომელიც შეიკრიბება ერთ-ერთი მხარის სურვილით ავსტრიის რესპუბლიკასა და საქართველოს რესპუბლიკაში მონაცვლეობით.

2. შერეული კომისიის ამოცანებში, კერძოდ, შედის:

- ა) ორმხრივი საგარეო ეკონომიკური კავშირების ანალიზი,
- ბ) წინადადებების შემუშავება ორი ქვეყნის საწარმოებს შორის ეკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომლობის პირობების გაუმჯობესების მიზნით,
- გ) რეკომენდაციების მიცემა ამ შეთანხმებების გამოყენებასთან დაკავშირებით.

მ უ ხ ლ ი 14

ამ შეთანხმების განმარტებასა და გამოყენებასთან დაკავშირებული უთანხმოებები მხარეთა შორის გადაწყდება მოლაპარაკებების გზით მე-13 მუხლში მოხსენიებული შერეული კომისიის ფარგლებში.

- 9 -

მ უ ხ ლ ი 15

1. ერთ-ერთი ან ორივე მხარის ევროპის ეკონომიკურ სივრცეში (ეეს), ან ევროპის კავშირში (ეთ) ან მათ სამართალმცველზე ორგანიზაციებში შესვლის დღიდან მონაწილე მხარეები არ შეიზღუდებიან ამ შეთანხმების იმ ნაწილთ, რომელიც შეუთავსებელია მხარეების, როგორც ამ მუხლში მოხსენიებული ორგანიზაციების წევრის სტატუსთან.

2. ასეთ შემთხვევაში მხარეები გამართავენ მოლაპარაკების იმ შეთანხმების შესახებ.

მ უ ხ ლ ი 16

1. ეს შეთანხმება იღება ორი წლის ვადით და ავტომატურად გრძელდება ყოველი შემდგომი ერთი წლით, თუ ერთ-ერთი მხარე ამ შეთანხმების მოქმედების ვადის გასვლამდე სამი თვით ადრე წერილობით დიპლომატიური არხებით არ შეაგეობინებს მეორე მხარეს თავისი სურვილის შესახებ შეთანხმების მოქმედების შეწყვეტის თაობაზე.

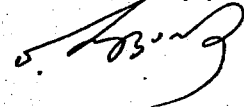
2. წინამდებარე შეთანხმება ექვემდებარება რატიფიკაციას და შედის ძალაში მესამე თვის პირველი რიცხვიდან იმ თვის შემდეგ, როდესაც მოხდა სარატიფიკაციო სიგელთა გაყვლა.

შესრულებულია ვენაში 1994 წლის ".29." მაისს, ორ ორიგინალად, თითოეული გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამავდროულად ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა აქვთ.

ავსტრიის რესპუბლიკის
სახელით



საქართველოს რესპუბლიკის
სახელით



VORBLATT

Problem:

In Hinblick darauf, daß mit dem Zerfall der Sowjetunion die Republik Georgien als neues Völkerrechtssubjekt entstanden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Georgien ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Ziel:

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit mit der Republik Georgien geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Georgien einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

Alternative:

Nichtabschluß des Abkommens und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

Kosten:

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

EWR- bzw. EG-Kompatibilität:

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Georgien unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl Georgien nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel), wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit regeln.

Besonderer Teil

Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zu fördern, und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Zu Artikel 1 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

Zu Artikel 2:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

Zu Artikel 3:

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

Zu Artikel 4:

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

Zu Artikel 5:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Zu Artikel 6:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Schutzes des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung sowie zum Ausbau der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Zu Artikel 7:

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Georgien soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Zu Artikel 8:

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

Zu Artikel 9:

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

Zu Artikel 10:

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 11:

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

Zu Artikel 12:

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

Zu Artikel 13:

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Georgien einberufen wird.

Zu Artikel 14:

Die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des Abkommens soll durch Verhandlungen im Rahmen der „Gemischten Kommission“ erfolgen.

Zu Artikel 15:

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Ver-

34 der Beilagen

17

tragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

Zu Artikel 16:

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit zwei Jahren festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.